

Dresdner Nachrichten

Großer Sportteil

Begründer 1856

Verleger: Dr. Kurt Schickel, Dresden, Neudammstr. 10. Druck: Kurt Schickel, Dresden, Neudammstr. 10. Preis: 10 Pf. (Postzusatz 2 Pf.)

Verlag: Kurt Schickel, Dresden, Neudammstr. 10. Druck: Kurt Schickel, Dresden, Neudammstr. 10. Preis: 10 Pf. (Postzusatz 2 Pf.)

Papen verschiebt die Süddeutschland-Reise

Am Donnerstag entscheidender Rabinettsterrat

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 16. Nov. Der heutige Ruhetag, sonst gewiss ein Tag der Ruhe und der Einkehr, hat eine Verschärfung der innerpolitischen Lage gebracht, die in der heute zur Tagesordnung gekommenen Form nicht voranzuführen war. Diese Verschärfung ist auf eine Bräuterei der Vertreter des Zentrums und der Bayerischen Volkspartei dem Kanzler gegenüber bei dessen pflichtgemäßen Verhandlungen mit den Parteien im Auftrag des Reichspräsidenten zurückzuführen.

Am Mittwochvormittag erschienen zunächst, der Kanzler einladung entsprechend,

die Führer der Zentrumspartei in der Reichskanzlei.

Reichskanzler von Papen trug ihnen vor, daß er vom Reichspräsidenten beauftragt sei, die Frage zu klären, ob und in welcher Form die Zentrumspartei bereit sei, sich an der vom Reichspräsidenten gewünschten nationalen Konzentration politisch zu beteiligen und auf den Boden des Regierungsprogramms zu treten. Prälat Kaas stellte die Sache so dar, als ob die Zentrumspartei grundsätzlich zu einer nationalen Konzentration bereit sei, jede nationale Konzentration unter Papen jedoch kategorisch ablehne. Die Formen des Austritts des Zentrumsführers sollen im übrigen so unerschütterlich gewesen sein, daß der Reichskanzler schon nach dieser ersten Unterredung davon überzeugt war, daß es mit diesen Methoden nicht weiterginge.

Am Nachmittag an die Zentrumsführer erschien dann noch der Vertreter der Deutschen Volkspartei, Hg. Dingeldey, der ebenfalls eine längere Aussprache mit dem Reichskanzler hatte. Dingeldey erklärte sich mit dem Programm und der personellen Zusammensetzung der Reichsregierung solidarisch. Am Nachmittag fand dann der ebenfalls angekündigte Empfang des Führers der Bayerischen Volkspartei, des bayerischen Staatsrats Schäffer, statt, dessen Darlegungen hingenau den Ausführungen des Zentrumsführers Kaas entsprachen.

Nachdem diese Aussprachen abgeschlossen waren, und nachdem von nationalsozialistischer Seite dem Kanzler mitgeteilt worden war, daß man dort nicht bereit sei, mit dem Reichskanzler zu verhandeln, sondern direkte Verhandlungen mit dem Reichspräsidenten wünsche, hielt der Kanzler die Lage für soweit geklärt, daß nunmehr die ihm obliegenden innerpolitischen Entschlüsse reif wurden. Er ließ zunächst telegraphisch den Regierungen von Württemberg, Baden und Hessen-Darmstadt mitteilen, daß er sich genötigt sehe, seine süddeutschen Staatsbesuche zu verschieben.

Weiterhin erteilte er nach Rücksprache mit dem Reichsinnenminister, dem Reichswehrminister und dem Reichsjustizminister auf Donnerstag vormittag eine Rabinettssitzung an. An amtlicher Stelle verläutelt nichts, in welcher Richtung nun die Entschlüsse des Reichskanzlers fallen werden.

Diese innerpolitische Wendung hat naturgemäß in politischen Kreisen das größte Aufsehen erregt, und man

befähigt sich zur Stunde in der Reichshauptstadt mit einem lebhaften Mittelrat, wie die Dinge sich in den nächsten Tagen gestalten könnten. Weder den Ernst der innerpolitischen Lage ist man sich in allen politischen Kreisen vollständig im klaren. Ebenso herrscht überall der Eindruck, daß eine Lösung so oder so nun nicht mehr lange auf sich warten lassen kann.

Alle Augen sind auf den Reichspräsidenten gerichtet, den der Reichskanzler nach der morgigen Rabinettssitzung sofort ausfragen wird, um ihm über das negative Ergebnis seiner Bemühungen um eine nationale Konzentration Bericht zu erstatten.

Ein nicht minder lebhaftes Mittelrat ist darüber entstanden, was nun das Reichskabinett morgen beschließen könnte. Verschiedentlich wird vermutet, daß der Reichskanzler dem Reichspräsidenten im Laufe des morgigen Tages die Weisung erteilen wird, die Rabinettssitzung abbrechen zu lassen. Es scheint aber ziemlich sicher zu sein, daß der Reichspräsident diese Demission nicht annimmt, sondern Papen und die Reichsregierung beauftragt, auch weiterhin im Amt zu bleiben. Als sicher gilt nur soviel, daß

der Reichspräsident dann persönlich noch einmal Einladungen an die Parteiführer zu einer Rücksprache mit ihm ergehen läßt.

Man rechnet damit, daß diese Rücksprachen frühestens am Freitag, spätestens am Sonnabend beginnen werden. Zu einer solchen Aussprache würde dann wahrscheinlich Hitler persönlich in Berlin erscheinen. Es hängt nun alles davon ab, welche Vorschläge die gegen Papen opponierenden Parteien zur Lösung der ausserhalb angelegten innerpolitischen Entwicklung machen können. Es heißt, daß das Zentrum und die Bayerische Volkspartei bereit seien, einen nationalsozialistischen Kanzler zu tolerieren bzw. mit ihm zusammenzuarbeiten.

Die Reichskanzlerschaft Ditters scheint ernstlich nicht in Frage zu stehen. Auch heute wieder wird der Name des nationalsozialistischen Abg. Gregor Straker als zukünftiger Reichskanzler genannt, aber in deutschen nationalen Kreisen ist man offensichtlich nicht willens, zur Stützung einer solchen Kanzlerschaft beizutragen. Es ist bei der augenblicklich höchst verworrenen Lage sehr verständlich, daß die Entscheidung über die nächsten Tage zu stellen, da die Entscheidung beim Reichspräsidenten und nur bei ihm liegt.

Die Wilhelmstraße zur Abgabe der SPD.

Berlin, 16. Nov. Die Ablehnung der Sozialdemokratie wird in Regierungskreisen als ein Akt der Kapitulation und Flucht aus der Verantwortung gewertet. Es wird hinzugefügt, daß die Sozialdemokratie lieber sagen soll, was sie an die Stelle der jetzigen Regierung setzen wolle.

Der Parlamentskonflikt zwischen Nationalsozialisten und Bayerischer Volkspartei beilegt. Im Reichsrat des Bayerischen Landtages wurde am Mittwoch der Konflikt zwischen Nationalsozialisten und Bayerischer Volkspartei wegen der Ausschließung von 41 Nationalsozialisten beigelegt.

Mussolini über die Bedeutung des Faschismus für die Welt

Rom, 16. Nov. Am Mittwochnachmittag wurde der Winterlagerungsabschnitt der italienischen Abgeordnetenversammlung mit einem kurzen Festakt anlässlich der faschistischen Jahreshochzeit eröffnet. Nach einer Begrüßungsansprache des Kammerpräsidenten Giurati ergriff Mussolini, dem bei seinem Erscheinen begehrteste Kundgebungen dargebracht worden waren, das Wort zu einer kurzen Rede. Die Bedeutung der Jahreshochzeit, so sagte er, sei eine doppelte: Einerseits habe das italienische Volk in seiner geschlossenen ungeheuren Masse einen entscheidenden Sprung nach vorwärts getan, und er selbst, Mussolini, fühle, daß er dem Willen dieses Volkes Ausdruck gegeben habe, wie das bisher nie geschehen sei. Auf der anderen Seite stünden die Lehren, die Einrichtungen und die Werke der faschistischen Revolution bei allen Völkern auf der Tagesordnung. Denn in dieser dunklen, gequälten und wankenden Welt könne die Rettung nur von der Wahrheit Roms kommen, und von Rom aus werde sie auch kommen. — Auf Einladung der faschistischen Partei wohnten dem Festakt auch der Erste Bundesführer des Stahlhelms, Seidte, ferner der frühere Reichstagspräsident Goering und Reichsbankpräsident a. D. Dr. Schaaf bei.

Erwartet Amerika die Dezemberzahlungen?

Washington, 16. Nov. Präsident Hoover hatte nach seiner Rückkehr in die Bundeshauptstadt eine Besprechung mit Schatzsekretär Mills. Beim Verlassen des Weißen Hauses erklärte Mills, daß die Lösung des Kriegsschuldenproblems Sache des Kongresses sei, weil der Präsident nicht ermächtigt sei, von sich aus das Moratorium zu verlängern oder die Kriegsschulden herabzusetzen.

Ein hoher Regierungsbeamter, dessen Name nicht genannt wird, meinte, daß die europäischen Schuldner die Dezemberzahlungen voranschicklich leisten müßten, weil die Fälligkeitsträge — von der Zahlung Englands abgesehen — verhältnismäßig gering seien.

Roosevelt, der infolge seiner Erklärung weiter das Bett hüten muß, kann infolgedessen den Zeitpunkt seiner Begegnung mit Hoover noch nicht bestimmen. Roosevelt erhält Hunderte von Telegrammen, in denen sein Entschluß, mit Hoover zusammenzuarbeiten, begrüßt wird.

Der Gouverneur von Spanisch-Guinea ermordet

Paris, 16. November. Der spanische Generalgouverneur von Spanisch-Guinea ist auf der Insel Annobon einem Mord zum Opfer gefallen. Diese Insel wird von ungefähr 1000 Eingeborenen und nur drei Europäern, nämlich einem Arzt, einem Missionar und einem Offizier der Kolonialgarde, bewohnt. Gouverneur Dr. Sesso war am Montag auf der Insel eingetroffen und dort von dem Offizier der Kolonialgarde empfangen worden. Am Abend des gleichen Tages wurde zu Ehren des Gouverneurs ein Fest veranstaltet, in dessen Verlauf der Offizier, offenbar in einem Anfall von Geistesgestörttheit, den hohen Beamten ermordete. Nach der Tat flüchtete er in den Wald, stellte sich aber am Dienstagmorgen den Personen, die den Gouverneur auf seiner Reise begleitet hatten.

40 japanische Fischerboote vermisst

Tokio, 16. Nov. Seit dem Wirbelsturm, der die pazifische Küste Japans heimsuchte, werden 40 Fischerboote vermisst, die zu einer auf der Höhe von Taira arbeitenden Fischerflotte gehörten. Man befürchtet, daß alle 40 Schiffe, von denen keine Spur zu sehen ist, in dem Sturm gesunken und die Besatzungen von insgesamt 250 Mann ums Leben gekommen sind. Ferner sind 36 Matrosen des Dampfers „Genshu Maru“, der auf der Höhe der Halbinsel Izu in den Sturm geriet, ertrunken.

Berhängnisvolle Explosion in einer Zementfabrik

München, 16. Nov. In dem an der bayerisch-österreichischen Grenze gelegenen Tiroler Städtchen Wils erfolgte in der Zementfabrik Schreiter & Co. eine starke Explosion in einem Zementofen. Der Mittinhaber der Fabrik, der Oberingenieur Kommerzialrat Rudolf Fischer, und vier Arbeiter erlitten durch den Funkenregen und die glühende Zementmasse schwere Brandwunden. Kommerzialrat Fischer ist bereits im Krankenhaus Wils gestorben. Ein weiterer Schwerverletzter liegt im Sterben. — Die Witter Fischer, die telegraphisch herbeigerufen wurde, erlitt kurz nach ihrem Eintreffen einen Schlaganfall und liegt nun ebenfalls schwer krank im Wilsener Krankenhaus daneben.

Der Genfer Völkerbund als Schiedsrichter

Der Fernost-Konflikt

Genf, 16. Nov. Der chinesisch-japanische Konflikt wird am nächsten Montag mit der Erörterung des Völkerbundes in ein entscheidendes Stadium gelangen. Man vermutet, daß die Behandlung des Konfliktes längere Zeit in Anspruch nehmen wird. Man nimmt sogar allgemein an, daß die Hauptaufgabe des Völkerbundes, die Lösung des Konfliktes auf Grund der im Vaiton-Bericht enthaltenen Vorschläge, erst nach Weihnachten zur Behandlung kommt. — Der japanische Vertreter hat aus Tokio ein neunzig Seiten langes Dokument über den Standpunkt der japanischen Regierung mitgebracht. Dieses Dokument bezieht sich bemerkenswerterweise nur mit den ersten acht Kapiteln des Vaiton-Berichts, also nicht mit den praktischen Vorschlägen, die die Kommission zur Regelung des manchurischen Konfliktes gemacht hat.

Danzigs Leidensweg

Abbruch der Warschauer Verhandlungen

Warschau, 16. Nov. Die Danzig-polnischen Verhandlungen, die am 10. November in Warschau begonnen hatten, sind am Mittwoch endgültig abgebrochen worden. Ihr Zweck war, die kritischen Fragen der Warenkontingente, des Verkehrsverkehrs und der Organisation des Postdienstes beizulegen. Als die Verhandlungen infolge der für Danzig unannehmbaren polnischen Vorschläge Ende vergangener Woche unterbrochen wurden und die Vertreter

der Freien Stadt für zwei Tage Warschau verlassen hatten, war dieser Ausgang bereits unabwendbar geworden. Jetzt wird es Sache des Hohen Kommissars des Völkerbundes, Kisting, sein, Entscheidungen zu treffen. Da in allen zur Verhandlung stehenden wirtschaftspolitischen Fragen Gutachten der Sachverständigen des Völkerbundes vorliegen, dürfte diese Entscheidung nicht zuungunsten Danzigs ausfallen. Es ist jedoch zu erwarten, daß Polen gegen diese Entscheidung Berufung einlegt, wodurch der ganze Fragenbereich vor den Völkerbund gebracht werden wird.

Simons Abrüstungsrede

Genf, 16. Nov. Der englische Außenminister Simon hat dem Präsidenten der Abrüstungskonferenz, Henderson, am Mittwochabend mitteilen lassen, daß er seine angekündigte große Rede über die Abrüstungspolitik der englischen Regierung bereits am Donnerstag vor mittag in einer Sonderung des Vörs der Abrüstungskonferenz halten werde. — Von maßgebender englischer Seite wird betont, daß die Rede Simons vor allem bezwecke, eine Brücke zwischen dem deutschen und dem französischen Standpunkt in der Abrüstungsfrage zu schlagen, um die baldige Rückkehr Deutschlands in die Abrüstungskonferenz zu ermöglichen. Die Rede enthält jedoch keinen sehr wichtigen Vorschlag oder Plan und stellt nach englischer Erklärung keineswegs eine Ergänzung des französischen Planes dar.

und
rung
1932
ichter

A. Wagner
dem Privat-
genommen

au
ist

30 Pf.
Embassy
1.35

affen?

uu

.91

Wie?

uu

.72

zeiten